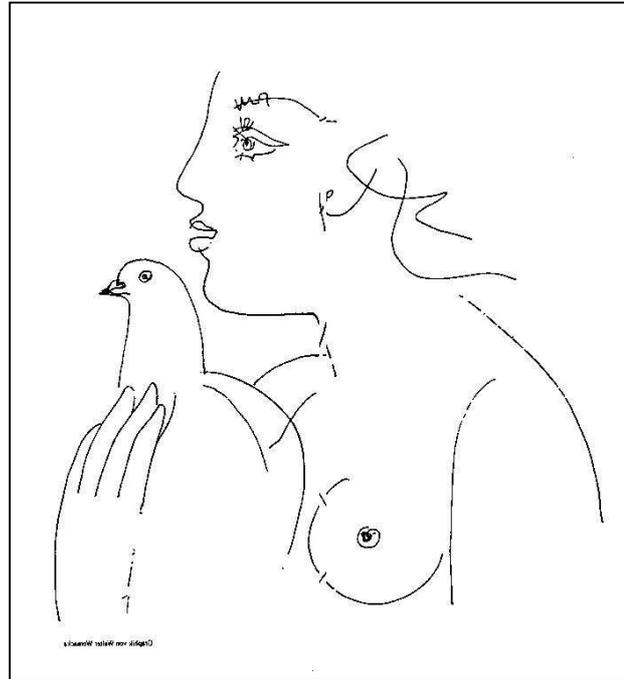


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 27



Internationaler Terrorismus – eine spezifische Art der Kriegsführung und ein politisches Instrument

von

Bruno Mahlow

Redaktionsschluss: 01. März 2006

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Anliegen dieses Beitrags ist es, der Aufklärung über einige aktuelle Fragen des Wesens, der Hintergründe und Ziele einer Erscheinung zu dienen, die tagtäglich die öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Es geht nicht um umfassende erschöpfende Antworten auf alle Aspekte des Terrorismus als eine spezifische Art von Kampfhandlungen in einem geheimen Krieg und als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele. Denn es handelt sich dabei um eine Vielfalt von Forderungen und Gewaltakten faktisch in allen Handlungssphären vom Staat und Gesellschaft. Bis heute gibt es auch im Rahmen der UNO noch keine völkerrechtliche allgemeingültige Definition des internationalen Terrorismus. Verwiesen werden kann aber u. a. auf die vom französischen Forscher J.I. Dotricour aufgestellte allgemeinste Bestimmung des Terrorismus als **„Unterstützung der Politik oder von Forderungen mit Hilfe von Gewaltakten, die mit dem Ziel durchgeführt werden, den Gegner zu zwingen sich den Forderungen zu unterwerfen.“**

Als Auslöser und Initiatoren des Schürens von Terrorismus treten zum einen kriminelle Strukturen in transnationalen Finanzkonzernen (Finanzmafia), die Drogenmafia, verschiedene ideologische Zentren, halblegale und illegale Waffenhandelsstrukturen und zum anderen Staaten, wie die USA, Großbritannien, Israel auf, die sich offiziell das Recht genommen haben, Terroraktionen auf dem Territorium eines beliebigen Staates vorzunehmen.

Präsident Bush verhehlte in der von ihm dem US - Kongress vorgestellten als „Doktrin des Kampfes gegen den internationalen Terror“ verbrämten Kriegsdoktrin nicht, dass die USA „terroristische Zellen in mehr als 60 Ländern aufdecken müssen“ d.h. etwa auf einem Drittel des Erdballs - und zwar auch durch Präventivschläge.

Die Doktrin der Präventivschläge zum Eindringen auf das Territorium anderer Staaten, des Stürzens politischer Führungen, zur ideologischen und bewaffneten Diversion stellt daher nicht anderes dar, als die Anwendung des Terrorismus als Instrument zur Erreichung politischer und militärischer Ziele. Dabei wirken, wie die Erfahrungen in Afghanistan Anfang der 80er Jahre zeigen, wo die USA mit Unterstützung Pakistans ein verzweigtes Netz des islamischen Widerstandes schufen, beide Initiatoren oft abgestimmt und die gegenseitigen Möglichkeiten aktiv nutzend. Inzwischen ist das Netz solcher Strukturen weit über „Al-Quaida“ und Osama Bin Laden hinaus

„Al-Quaida“ und Osama Bin Laden hinaus gewachsen. Was aber die Initiatoren nicht bedacht haben: diese Kräfte wirken oft auch als Bumerang gegen ihre Schöpfer.

Es erhebt sich in diesem Zusammenhang objektiv die Frage, inwieweit der Begriff „internationaler Terrorismus“ und mit ihm die Legitimierung von Expansionsakten verschiedenster Art seitens der USA und der NATO zur Rechtfertigung für ein aggressives Globalisierungsmodell genutzt wird.

Legitimierung des von den USA erklärten „antiterroristischen“ Krieges und der Charakter der Manipulierung der öffentlichen Meinung

Man kommt nicht umhin die ideologischen, geistigen, kulturell-ethischen Quellen, die den Terror auch als Reaktion auf Gewalt nähren, aufzudecken, um die Frage zu beantworten, was kam zuerst – die hegemonistischen Weltherrschaftspläne und die Expansionspolitik der USA und der NATO oder der sogenannte internationale Terrorismus!

Es muss doch auffallen, dass Terror- und Gewaltakte nahezu täglich Spitzenmeldungen sind, obwohl durch Armut, Krankheiten, Naturkatastrophen und kriminelle Verbrechen mehr Menschen sterben, als durch Terroristen.

In Afrika sterben jährlich 5 Mio. Menschen an Hunger und AIDS. Allein in Russland sterben jährlich 50.000 Menschen an Alkoholvergiftung, 40.000 Kinder leiden unter der Gewalt von Erwachsenen. Tausende Kinder werden von ihren Müttern ausgesetzt. Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Analphabetentum, Kriminalität, Korruption nehmen auch in den entwickelten westlichen Staaten immer größere Ausmaße an. Es fällt den jeweils Herrschenden offensichtlich leichter, terroristische Ängste zu schüren und den Terrorismus als Hauptfeind anzuprangern, als auf Hilferufe der eigenen Bevölkerung verantwortungsvoll zu reagieren, die tatsächlichen Ursachen für Terror und Gewalt aufzudecken und zu überwinden, sich den Grundfragen der sozialen Sicherheit und der Sicherung des Friedens zu widmen. Mit der Angst vor Terroristen lassen sich die Menschen leichter von unerfüllten Versprechungen, eigenen sozialen Nöten, Arbeitslosigkeit, Preissteigerung, steigenden Rüstungskosten u. a. ablenken. Man kann mit Anti-terrormaßnahmen, die natürlich in vernünftigem Rahmen notwendig

sind, zugleich aber die Beschränkung von Bürger- und Menschenrechten, einen Demokratieabbau, darunter auch den Einsatz z.B. der Bundeswehr im Innern, rechtfertigen.

Als besonders gefährlich ist heute die Darstellung des Terrors in den Massenmedien einzuschätzen. Ihre ursächliche Aufgabe - Informationen zu verbreiten - mutiert zur Kriegsberichterstattung. Angst befällt die Massen, lähmt den Willen der Menschen und lenkt deren Bewusstsein in die für die Herrschenden bevorzugte Richtung, um sie deren politischen Plänen zu unterwerfen. Die Massenmedien nutzen die Darstellung von Gewalt nicht nur zur täglichen Berichterstattung sondern auch als Faktor der Unterhaltung. Sie machen Geschäfte mit für sie kostenlosen terroristischen Neuigkeiten und eigenen darauf folgenden teuren Sondersendungen. Der Terror wird durch die Medien für die Zuschauer zu einer neuen Art Narkotikum.

Ausgespart bleibt meist die Enthüllung des Fehlverhalten von Regierungen, die den Terror oft selbst schüren. Anstatt die tiefen Ursachen und Quellen von Terror und Gewalt aufzudecken und auf deren Überwindung zu drängen wird ein Gefühl der Machtlosigkeit erzeugt, mit dem zunehmenden sozialen Spannungen begegnet wird. Angesicht dieser Sachlage bedarf es großer Anstrengungen den realen Kampf gegen Terrorismus von seinem politischen Missbrauch zu unterscheiden.

Es hat nichts mit Antiamerikanismus zu tun, wenn man der USA- Außenpolitik und ihren Gefahren für die Menschheit kritisch gegenübersteht. Der Kampf gegen den Terrorismus ist von den USA langfristig konzipiert. Bereits vor über 20 Jahren erklärte der damalige US-Präsident Ronald Reagan den Kampf gegen den Terrorismus zum Herzstück der US-Außenpolitik. Und wenn es auch bis heute zu den wahren Hintergründen der tragischen Ereignisse vom 11. September keine überzeugenden Aussagen der offiziellen USA-Kreise gibt, so liegen ausreichend ernstzunehmende Veröffentlichungen zu deren Folgen und Konsequenzen vor. So heißt es im Buch „Im Namen des Staates“ des ehemaligen Staatssekretärs im Bonner Verteidigungsministerium Andreas von Bülow: *„Das Grauen des 11. September ist ein Gau der amerikanischen Geheimdienste.“*

Der 11. September und seine Folgen auf die internationalen Beziehungen

Bei der Beantwortung dieser Frage ist davon auszugehen, dass der Terror in der heutigen Zeit Krieg bedeutet. Ein Krieg, an dem Staaten und ihre Regierungen, politische Parteien, Geheimdienste und transnationale kommerzielle Strukturen beteiligt sind. Dieser Krieg ist auch ein Business, das solide Gewinne in Form von Territorien, Naturressourcen, Finanzen, Staatsaufträgen für die Rüstung u. a. – und vor allem Macht bringt.

Der 11. September diente in den USA in erster Linie den extrem konservativen Kräften und den hinter ihnen stehenden Öl- und Rüstungskonzernen. So wurde der 11. September auch als Anlass für die Okkupation Afghanistans genutzt. Afghanistan ist sowohl ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, als auch ein Stützpunkt zur Kontrolle über Erdöl- Erdgasvorkommen in Mittelasien und auch als Aufmarschgebiet gegen China geeignet. Mit all dem konnten eine „antiterroristische internationale Allianz“ der Willigen und astronomische Rüstungsausgaben des Pentagon gerechtfertigt, der Überfall von außen und der NATO-Bündnisfall begründet werden. Ein solcher Fall einer notwendigen (gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages) Selbstverteidigung nach UNO-Normen liegt allerdings nicht vor. Vielmehr sind wir mit einer erneuten Erweiterung der USA- und NATO-Strategie bezogen auf einen willkürlich auslegbaren „internationalen Terrorismus“ konfrontiert. Damit werden die UNO-Charta und die UNO-Sicherheitsrats-Resolution vom 13. September 2001, in der die Verantwortung des UN-Sicherheitsrats für den Weltfrieden unterstrichen wurde, umgangen. Mit der „Globalisierung des Terrors“ soll, nach den Worten des Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, General Kunath, eine Erweiterung „der geostrategischen Interessenlage der Allianz“ erfolgen, „die weit über die out-of-area-Diskussion hinausgeht“. Damit wird einer weiteren Internationalisierung von Terror und Gewalt als politisches Instrument, auch als Staatspolitik Tür und Tor geöffnet. In eine solche Richtung soll auch die militärische Funktion der EU mit ihrer sogen. „Antiterrorstrategie“ gelenkt werden. Auch die Bundeswehr kann damit out-of-area am Hindukusch, am Kap Horn und anderswo eingesetzt werden.

Der 11. September lieferte den schrecklichen Beweis, dass es heute unabhängig von modernen Waffensystemen keine absolute Sicherheit mehr gibt und dass die Welt in allen ihren Teilen äußerst verwundbar

ist. Künftige Durchbrüche in der Rüstungskontrolle erscheinen – und das sehen vordergründig maßgeblich USA-Kreise so - wenig wahrscheinlich. Und überhaupt, wer spricht heute außer einigen Linken und Vertretern von Friedensbewegungen noch von Abrüstung. Einmal mehr bestätigt sich, dass es realitätsfremd ist, angesichts des Endes der Blockkonfrontation, pauschal von einem Ende des „kalten Krieges“ zu sprechen.

Der „kalte Krieg“ wurde seitens des Westens nie beendet, sondern nur etwas „entideologisiert“ und auf den Widerstreit unterschiedlicher geostrategischer Interessen zurückgeführt. Daraus erklärt sich auch, weshalb die USA von ihren Plänen zur Entwicklung neuer Raketenabwehrsysteme nicht abgehen. Sie verfolgen offensichtlich folgende Absichten:

- Russland zu zwingen, sich in das Sicherheitssystem des Westens zu integrieren;
- eigene dominierende Positionen im Kosmos zu stärken;
- China ebenso wie seinerzeit der UdSSR einen umfassenden Rüstungswettkampf aufzuzwingen;

Quellen, Ursachen und Nährboden des Terrorismus

Der Terror ist ein Produkt menschlicher Handlungen und hat als solcher die gesamte Geschichte der Menschheit begleitet. Schon im alten Testament findet eine umfassende terroristische Aktion Erwähnung, die vor 2.500 Jahren unter der Bezeichnung „ägyptische Hinrichtungen“ bekannt wurde.

In diesem Beitrag soll auf einige Hauptfaktoren eingegangen werden, die nicht nur schlechthin die gegenwärtige Weltlage bestimmen, sondern maßgeblich auch die Wurzeln und den Nährboden für die umfassende Entfesselung des Terrorismus zu erkennen helfen.

Erstens:

Nach dem 11. September 2001 dominierte in der Öffentlichkeit die Behauptung, dass sich mit diesem Tag die Weltlage verändert habe und der gesamten Menschheit nunmehr ein „internationaler Terrorismus“ als Hauptfeind gegenübersteht. Dies entspricht keinesfalls den Realitäten, denn die Lage in der Welt, das internationale Kräfteverhältnis haben sich bereits Ende der 80er-Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts grundlegend und zwar zuungunsten des Friedens und des Fortschritts verändert. Die Ereignisse vom 11. Sep-

tember und vor allem die Entwicklung danach haben lediglich in besonders brutaler Weise die Folgen und Konsequenzen, die enorm gewachsenen Gefahren für die Existenz der Menschheit deutlich gemacht. Die nach dem Ende des II. Weltkrieges erzielte strategische Parität zwischen den beiden gegensätzlichen Wert- und Weltsystemen wurde zerstört. Mit der zunehmenden Revision der nach dem Sieg über den deutschen Faschismus geschaffenen gesellschaftlichen, territorialen und militärpolitischen Realitäten setzte zugleich eine neue Runde der Neuaufteilung der Welt, der Durchsetzung geostrategischer Interessen ein.

Mit der Auflösung des Warschauer Vertrages setzte sich international nicht nur kein neues Denken und Handeln im Interesse gesicherter internationaler Beziehungen und „allgemein menschlicher Werte“ durch, sondern verschwand das Haupthindernis für die Realisierung imperialistischer Expansions- und Machtambitionen. Die USA und ihre Verbündeten triumphierten über den Zerfall der UdSSR mit dem die USA ihr Streben nach voller Handlungsfreiheit als Weltgendarm verbindet und immer unverhüllter das Völkerrecht durch das Faustrecht ersetzt..

Zweifellos gehört auch die Erosion des politischen Systems in der UdSSR zu den entscheidenden Faktoren, die zur Entfesselung des Terrorismus ethnischer, separatistischer, nationalistischer, konfessioneller, politischer und krimineller Art auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR selbst führten.

Die UdSSR zerfiel, das terroristische Umfeld konnte sich, unter aktiver Förderung von außen, allorts und auf allen Ebenen ausbreiten und verfügt heute z. T. unter Nutzung verschiedener Bindungen an politische und wirtschaftliche Kreise über bedeutenden Einfluss auch auf die Geschicke der Russischen Föderation. Im Zerfall der UdSSR werden auch deshalb Ursachen für die gegenwärtige Entfesselung von Terror und Gewalt gesehen, weil mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, mit der Zerstörung der bipolaren Welt das Streben nach Unifizierung einer unipolaren von den USA regierten Welt großen Auftrieb erhalten hat.

Die sich daraus ergebenden zutiefst negative destruktive Konsequenzen für die internationale Situation sind:

- Eliminierung der Ergebnisse der Konferenzen von Jalta und Potsdam - frei nach Vorstellungen von Zbigniew Brzezinski, ehem. Berater des US-Präsidenten Jimmy Carter und ausgewiesener anti-

kommunistischer „Habicht“ der politischen Elite der USA- und somit Zerstörung des Systems international anerkannter Normen und Prinzipien, von denen sich die Staaten nach dem II. Weltkrieg leiten ließen;

- Bestreben der von westlichen Werten bestimmten politischen Elite, das Wohlergehen einer „Weltstadt“ umzäunt von militärischen, finanziellen, geistig-kulturellen, individualistischen Festungsmauern inmitten eines in Armut und Elend versinkenden „Weltdorfes“ (in Fortsetzung des Nord-Süd Gegensatzes) zu sichern;
- neoliberalistischer Kurs zur Sicherung von Maximalprofiten, Naturressourcen und voller Handlungsfreiheit in allen Sphären der Gesellschaft über die weitere Minimierung der Rolle des Staates, ohne dessen Teilnahme bzw. mit seiner lediglich passiven Teilnahme die Herstellung von einer kleinen Schicht genehmen Machtverhältnissen ermöglicht wird;
- Herausbildung transnationaler krimineller Gesellschaften mit eigenen Macht- und Finanzstrukturen.

Zweitens:

Für alle Anhänger einer sozialgerechteren und friedlichen Welt ist die Aufdeckung *sozialer* Wurzeln des Terrorismus ein besonders wichtiges Anliegen. Die Probleme der gravierenden Kluft zwischen arm und reich, zwischen Nord und Süd, in und zwischen den Ländern gekennzeichnet von Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, Energie-, Rohstoff- und Wasserknappheit, ökologischen Problemen sind im Rahmen eines kapitaldominierten Profit- und Ausbeutungssystems nicht zu lösen. **Die soziale Achse des globalen Hauptwiderspruchs bleibt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit.** Er nimmt national wie international in der Ausbeutung der Menschen immer weniger nur individuelle, sondern „kooperative“ Züge und internationale Dimensionen an.

Der Terrorismus ist ein Produkt dieses Systems wie auch viele Terrorakte, als Gegenreaktion oder Schutz vor Gewalt ausgegeben, abnorme, krankhafte Formen der Reaktion auf das westliche, imperialistische Modell der gesellschaftlichen Entwicklung und Gestaltung der internationalen Beziehungen sind. Gene des Terrorismus wachsen im Ausbeutungssystem und werden durch dieses System ständig und in unterschiedlichsten Formen - von individuellen über kooperative bis zum Staatsterrorismus - regeneriert.

Die Globalisierung als sich gegenwärtig vollziehender Prozess der Internationalisierung des Kapitals und der von ihm zu verantwortenden Widersprüche und Gebrechen führte bereits jetzt u. a. dazu, dass 60 Staaten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weiter zurückgefallen sind. Die Weltbank stellte in ihrem Jahresbericht 2000 fest, dass das durchschnittliche Einkommen in den reichsten Ländern das 37fache des Durchschnittseinkommens in den ärmsten Ländern ausmacht. Man kann noch hinzufügen, dass der Besitz der drei reichsten Familien der Welt größer ist als das Jahreseinkommen von 600 Millionen Menschen in den ärmsten Ländern. Die Kluft zwischen Norden und Süden ist höchst explosiv. Die „goldene Milliarde“ verfügt über:

- 84,7% des Weltprodukts,
- 84,2% des Anteils am Welthandel;
- 85,5% des Anteils an Sparanlagen der Banken (und die bei einer Finanzkrise, die bereits Anfang der 80er Jahre abzusehen war).

Mit einem Anteil von 20% an der Weltbevölkerung verbrauchen die hoch entwickelten Staaten unter anderem:

- 70% der produzierten Energie, deren Verbrauch sich nach Prognosen bis zum Jahr 2020 verdoppeln wird;
- 75% der verarbeiteten Metalle;
- 85% der Zellulose.

Die internationalen Wirtschaftsorganisationen stehen unter Führung der USA und anderer westlicher Industriestaaten. Die negative Rolle ihrer Berater, der Weltbank oder des IWF offenbarte sich seinerzeit schon in Jugoslawien und Polen. Das wirtschaftliche Desaster in Argentinien, die Empfehlungen für den Sozialabbau in den lateinamerikanischen Staaten, wie z. B. in Nicaragua und nicht zuletzt die Schocktherapien in Russland und mit Unterschieden in allen ehemaligen sozialistischen Staaten Europas sind jüngste überzeugende Beweise für das neoliberalistische und zutiefst unsoziale Wirken dieser Organisationen. Der sogenannte Globalisierungsprozess wird von den Konzernen und Monopolen nach USA—Regie als „Verwestlichung“, um nicht zu sagen als „Yankeeisierung“ umgesetzt, gestützt auf die Industriestaaten der G7 und deren militärischen Block - die NATO. Wie viel Terror in der Weltgeschichte der Imperialismus zu verantworten hat, ist nicht nur Politikern, sondern vielen Völkern aufgrund eigener Erfahrungen, Opfer und Leiden bekannt. Es erweist sich somit auf-

grund unumstößlicher Tatsachen, dass das kapitaldominierte System, der sich heute entfesselt gebärende Imperialismus, die Weltherrschaftspläne der USA den entscheidenden Nährboden für Terror und Gewalt schaffen. Die von Bush verfolgte Politik folgt dem Grundsatz „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ und läuft in ihrer Logik und Konsequenz darauf hinaus, alle Völker, Staaten und politischen Kräfte zu bestrafen, die es wagen - aus welchen Gründen auch immer - gegenüber den USA und ihrer Politik ungehorsam zu sein.

Drittens:

Im Gegensatz zur Selbstdarstellung der USA als „Hauptkämpfer gegen den Terrorismus“ haben sich die USA, und nicht erst seit dem 11. September 2001, als gefährlichstes Subjekt des Terrorismus erwiesen. Das aggressive Vorgehen der USA gegen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak weisen alle Kennzeichen des Terrorismus als gefährliche sozialpolitische Erscheinung aus:

- vom Streben nach Alleinherrschaft bestimmte politische Ziele
- gewaltsame Entscheidung über das Schicksal von Völkern, Staaten und Zivilisationen
- umfassende Desinformation der Weltöffentlichkeit über die wahren Ziele und Hintergründe
- ein etappenweise in Gang gesetzter Mechanismus zur Durchsetzung politischer Ziele über Präventivdrohungen bzw. Präventivschläge
- erzwungenen Befolgung der von den USA geforderten Entscheidungen durch Regierungen souveräner Staaten.

Dies festzustellen hat weder mit Abstrichen an der Verurteilung terroristischer Anschläge jeder Art, noch mit Antiamerikanismus und einer Negierung zivilisatorischer Leistungen der Völker der USA zu tun.

Vorbehalte und Widerstand gegen die USA-Politik gibt es, will man objektiv sein, schon seit langem und auf allen Kontinenten und nicht zuletzt auf dem amerikanischen Kontinent. Kein geringerer als der anerkannte Führer der Befreiungsbewegung in Lateinamerika Simon Bolivar erklärte bereits zu seiner Zeit, dass die USA wegen ihrer Natur dazu bestimmt seien, Amerika im Namen der Freiheit ins Elend zu stürzen.

Hugo Chavez, Präsident Venezuelas, eines Landes, das wegen seiner eigenständigen Entwicklung massiven Angriffen der US-Führung

ausgesetzt ist, sah sich gezwungen zu erklären: „Die USA sind das krasseste Beispiel für einen Terroristenstaat“.

31 Interventionen, Angriffskriege, Bombardierungen, militärische Operationen und Spezialeinsätze der USA gegen andere Staaten nach 1945 (Korea, Vietnam, Grenada, Chile, Nicaragua, Jugoslawien u.a.) Daraus erwachsene Proteste haben sich in den letzten Jahren angesichts des Strebens nach einer von den USA beherrschten unipolaren Weltordnung, der Verkündung eines weiteren „amerikanischen Jahrhunderts“ bereits durch Clinton, die Durchführung „humanitärer Interventionen“ und Kriege unter Bush weiter ausgeprägt. Auch in den USA selbst häufen sich die Kritiken am hegemonistischen Gebaren der US-Führung, an der gefährlichen Rüstungspolitik. Die weltweiten Interventionen der USA und ihre extensive Militärpräsenz werden auch nach Ansicht des ehemaligen CIA-Beraters, Asienexperten, Politologen und Autors des Buches „*Ein Imperium verfällt*“ (Blessing Verlag, München, 320 Seiten), Chalmers Johnson – zu unvorhersehbaren und nicht kontrollierbaren Folgen führen. Er sieht in Washington einflussreiche Persönlichkeiten, für die eine Militarisierung der internationalen Politik eine glänzende Gelegenheit für das Verfolgen eigener Ziele ist. Krieg gegen den Irak, Kontrolle über Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien, Einkreisung Chinas, Aufbau eines Raketenschirms, sind Schritte zur Zementierung der USA-Vorherrschaft. Chalmers Johnson sieht für Bin Ladens Taten zwar auch keine Rechtfertigung wohl aber eine Erklärung in dem er feststellt:

„*Die USA müssen die Ursachen verstehen und auf Grund dieser neuen Ansichten handeln – und nicht einfach reagieren wie ein imperialistischer Rabauke!* (siehe Zeitschrift „Spiegel“ 42/2001)

Einem solchen Rabaukentum dient auch die Modernisierung der US-Army, um rechtzeitig den Krieg um Neuaufteilung der Einflussphären in der Welt und zur Kontrolle über Energieressourcen vorzubereiten. Nach der Struktur des Zusammenwirkens von Kampfeinheiten und Führungszentren wird die Armee der USA eher einer effektiv einsetzbaren terroristischen Organisation ähneln. Ein Gesetz aus dem Jahre 1991 erteilt Spezialeinheiten des Pentagon Vollmachten, Operationen „viele Jahre vor Beginn einer jeglichen Beteiligung der US-Army“ durchzuführen. So werden unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus Konflikte direkt provoziert und geschürt. Faktisch wirken nahezu täglich etwa 5.000 Angehörige von Spezialeinhei-

ten der USA unter verschiedener Tarnung in 70 Ländern der Erde. Nicht zufällig stellte der US-„Heritage-Fonds“ im Press-Release No. 1780 vom 19. Mai 2004 fest, dass zum Sieg über den Terrorismus *„eine starke Führung, Unterstützung durch die ganze Nation, Sondergesetze, adäquate materielle und finanzielle Ressourcen, eine ausgezeichnete Aufklärung und entsprechende militärische Operationen erforderlich sind. Nicht zu vergessen ist die offensive Öffentlichkeitsdiplomatie und der ‚Krieg der Ideen‘“*.

So sehen sich die USA als alleinige Supermacht, die berufen ist, auch unter dem Vorwand des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus mit staatsterroristischen und anderen Mitteln und Methoden eine neue Weltordnung unter ihrer Herrschaft zu schaffen.

Viertens:

Das kapitaldominierte System ist von einer Krise erfasst, die nicht nur die Ungleichheit in den Ländern vertieft, sondern auch die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung zwischen den Staaten, einschließlich der Industriestaaten. Diese Krise stellt auch das westliche Wertesystem, die Möglichkeit mit neoliberalistischen Politik die globalen Probleme zu lösen, infrage. Sie fördert sowohl Reaktion, Sozial- und Demokratieabbau nach innen, vertieft soziale Spannungen und innergesellschaftliche Widersprüche, als auch Expansion und Aggression nach außen. Um Außenmärkte, Energie- und Rohstoffquellen als „vitale Interessen“ entfalten sich harte Auseinandersetzungen. All dies stellt einen weiteren Nährboden für Eskalation von Extremismus und Terror dar, denn im Interesse des Profits ist das Kapital bekanntlich zu jedem Verbrechen fähig.

Fünftens:

Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz fiel nicht nur das soziale und demokratische Korrektiv weg, das den Westen angesichts des bestehenden internationalen Kräfteverhältnisses zu einer dem Wesen des Kapitals nicht eigenen Anpassungsstrategie, zu ungewollten Zugeständnissen zwang. Nach der Niederlage des Sozialismus kam es nicht nur zu einem Schock unter den progressiven Kräften, sondern zu einem allgemeinen Verlust an Idealen des gesellschaftlichen Fortschritts, an Ideologie und zur massenhaften Enttäuschung über Politik schlechthin. Das entstandene Vakuum wurde nicht nur durch Verwirrung, sondern auch durch vielerlei Irrglauben, zunehmenden Missbrauch religiösen Fundamentalismus' und andere Heilslehren ausge-

füllt. In diese Bestrebungen reihen sich auch die Versuche ein, den sogen. „islamischen Fundamentalismus“ zu der entscheidenden Ursache für internationalen Terrorismus und die Gefahren in der heutigen Welt zu erklären. Damit werden ganze Völker und Staaten zu „Schurken“ diffamiert und Konstruktionen von Religions- und Zivilisationskriegen herbeigeredet.

Wofür sollten sich alle progressiven Kräfte einsetzen?

Entsprechend der Resolution des UNO-Sicherheitsrates sind alle Staaten zur Zusammenarbeit gegen terroristische Anschläge aufgerufen. Dabei geht es nicht um eine Aufforderung zu groß angelegten Kriegsmanövern oder Kreuzzügen gegen sogenannte „Schurkenstaaten“, sondern um die Bekämpfung aller Formen des Terrorismus gemäß der in der UNO-Charta ausgewiesenen Verantwortung und unter Stärkung der Rolle der UNO als Zentrum zur Sicherung des Friedens und gewaltfreien Beilegung von Konflikten.

Natürlich ergeben sich aus Terroranschlägen Konsequenzen für verstärkte Sicherheitsmaßnahmen im Verkehr und im gesamten Bereich der inneren Sicherheit. Alle diese Schritte müssen jedoch im Interesse der Bürger liegen, dürfen nicht zur weiteren Hochrüstung, zur Beschneidung demokratischer Rechte und Freiheiten, sowie zum Sozialabbau missbraucht werden.

Für alle linken Kräfte, erst recht, wenn sie auf marxistischen Positionen stehen, ist die Verurteilung von Terrorismus, auch seine Anwendung als Lösungsweg für Konflikte und gesellschaftliche Probleme, ein eindeutiges Gebot. **Seine Verurteilung darf nicht zur willkürlichen Auslegung des Terrorismus mit dem Ziel einer Diffamierung des Kampfes für nationale und soziale Befreiung missbraucht werden.**

Bereits in den ersten Stellungnahmen kommunistischer und sozialistischer Parteien, von Friedensbewegungen nach dem 11. September 2001 wurden die Bekundungen der Trauer um die Opfer, die Verurteilung der Anschläge verbunden mit der Forderung, dass es keinen Grund gibt, der solche Ungeheuerlichkeiten, d.h. jeder Art Terrorismus rechtfertigen würde. Aufrufe zur Besonnenheit, Vernunft und zum Verantwortungsgefühl, zur Suche nach politischer Lösung von Konflikten bestimmten die Haltung großer Teile der Öffentlichkeit vieler Länder.

„Dieser Augenblick verlangt Ruhe, nicht Hysterie“ - hieß es z.B. auch in der Erklärung der KP der USA- Initiativen für den Frieden, nicht für den Krieg, Demokratie, nicht Repression.“

Vorstellbare Schlussfolgerungen und Konsequenzen aus der Sicht Linker und progressiver Kräfte, Friedens- und antiglobalistischen Bewegungen:

Angesichts der heutigen Rolle von Massenmedien in der Manipulierung der Öffentlichkeit bedarf es einer objektiven verantwortungsvollen Analyse der tiefen Ursachen für Terror und Gewalt, um über die gegenwärtigen ernststen Gefahren für die Existenz der Menschheit aufzuklären.

Dieser Kampf für Frieden und Fortschritt muss so geführt werden, dass das Erkennen der Gefahren und ihrer Ursachen nicht den Widerstand der fortschrittlichen Kräfte lähmt oder zur offenen bzw. verdeckten Kapitulation vor der Allmacht einer kapitaldominierten Herrschaft und den Ambitionen der USA als Weltgendarm verleitet. Die Sicherung des Friedens, der Widerstand gegen Hochrüstung, gegen Krieg und Gewalt ist für die Existenz der Menschheit von schicksalhafter Bedeutung. Ungeachtet aller politischer und ideologischer Meinungsverschiedenheiten geht es nunmehr um die Bündelung der Aktivitäten aller Friedenskräfte.

Das Wissen um die Gefahren und deren Ursachen ist eine entscheidende Voraussetzung, die Grenzen der USA-Ambitionen und die Widersprüche im Geflecht des neoliberalistischen Kurses zu erkennen und auch die neuen Möglichkeiten und Erfordernisse im heutigen Ringen um Frieden und Fortschritt zu sehen.

Ein Gesellschaftssystem, das in allen Sphären der menschlichen Tätigkeit auf Unsicherheit aufbaut, kann den Menschen keine erfüllte Lebensqualität bieten.

„Die Probleme die es in der Welt gibt, können nicht durch dieselbe Denkweise gelöst werden, durch die sie erzeugt wurden“ hat bereits Albert Einstein festgestellt.

Soziale Gerechtigkeit, Überwindung von Armut und Elend sind ohne Verhinderung von Kriegen, ohne Frieden, ohne völkerrechtlich gesicherte internationale Beziehungen nicht zu erreichen. Alle politisch denkenden Menschen sind gefordert, neue Formen des parlamentarischen und vor allem des außerparlamentarischen Kampfes für Abrüs-

tung und Sicherheit zu entwickeln. Die Einmischung der Massen in alle Entscheidungen zu Fragen der Rüstung, Militarisierung und Militäreinsätzen ist ein dringendes Erfordernis und setzt die Konsolidierung aller Friedenskräfte voraus. Die UNO darf nicht durch die Befehlsgewalt der USA ersetzt werden. Die OSZE muss sich ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden und darf nicht als Instrument zur Einmischung in innere Angelegenheiten und für Angriffe gegen die Souveränität von Staaten missbraucht werden. Die Rolle und Verantwortung der UNO, die UN-Charta als gegenwärtig allein gültiges Völkerrecht muss gestärkt und verteidigt werden.

Der Generalsekretär der UNO Kofi Annan erklärte in seiner Ansprache zum 60. Jahrestag der UNO-Gründung, es gelte zunächst Armut, Krankheit und Umweltzerstörung zu bekämpfen. Das sind zweifellos ernste Gebrechen, die einen Nährboden für Unzufriedenheit, Auflehnung, Konflikte bis hinzu Gewalt schaffen. Die erforderlichen Mittel zur Überwindung von Hunger, Armut, Drogensucht, Analphabetentum u. a. sind vorhanden, werden jedoch von Regierungen und Banken für Rüstung und andere falsche Zwecke eingesetzt. Durchgesetzt werden muss der international vereinbarte Einsatz von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe (die BRD weist z.Zt. dafür nur 0,17% des BIP aus). Es ist durchaus erwiesen, dass Banken und Geschäftskreise in verschiedenen Ländern in die Finanzierung und Unterstützung von terroristischen Aktionen involviert sind (u.a. Banken in England, der Schweiz, in Russland). Notwendiger denn je ist die Forderung nach dem Einsatz größerer Mittel für Ausbildung. Das Wissen um gesellschaftliche Verhältnisse und Erscheinungen, fördert auch das Verständnis für andere Völker, Kulturen und Religionen.

Größere Aufmerksamkeit erfordern die wesentlichen Veränderungen der Rolle des Staates im Zuge und Gefolge des neoliberalistischen Wirtschaftskurses. Dieser Kurs ist so radikal, dass er die ursprüngliche Marktwirtschaft zugunsten riesiger Fusionen transnationaler Konzerne, weiterer Privatisierung von Schlüsselzweigen und des Raubbaus von Natur und Mensch ersetzt. Er ist zugleich so liberal, dass mit ihm der Staat für die Wirtschaft als Hindernis angesehen wird. Der Staat hat objektiv eine wichtige Rolle in Politik, Wirtschaft, Sicherheitsfragen und im Kampf gegen Korruption. Er muss der technologischen Entwicklung, ihren Folgen für Umwelt und Gesellschaft, der Bildung sowie der internationalen Zusammenarbeit größere Aufmerksamkeit

schenken. Die Rolle des Staates wird hingegen zunehmend minimiert. So wird er immer mehr seiner Verantwortung für die sozialen Bedürfnisse der Menschen beraubt. Der freie Strom von Kapital, Waren, Menschen, Dienstleistungen, Informationen, Technologien und Krankheiten läuft faktisch ohne Kontrolle seitens des Staates. Über Fusionen, Privatisierungen und wachsendem Einfluss neoliberalistischer, nichtstaatlicher Strukturen erfolgt auch eine Umverteilung der Macht. Alle progressiven Kräfte sind aufgefordert, sich nicht nur diesen Tendenzen entgegenzustellen, sondern die staatlichen Strukturen mit ihrer Verantwortung konsequent zu konfrontieren und sich aktiv für den Ausbau eines gesellschaftlichen Kontrollmechanismus einzusetzen.

Angesichts der zentralen Rolle der Massenmedien, die sowohl humanistisches Denken und Handeln verbreiten sollen als auch die Öffentlichkeit in einer besonderen Form der psychologischen Kriegsführung in größter Weise manipulieren können, bedarf es eines weitaus aktiveren Einsatzes aller gesellschaftlicher Kräfte:

- für den Abbau der Gewaltpropaganda in Film und Fernsehen;
- für die Förderung humanistischer Lebenswerte, einer neuen Qualität des Lebens;
- für eine entsprechende neue Mediengesetzgebung;
- für den Ausbau demokratischer Formen des Eingreifens in die Informationspolitik, einer stärkeren gesellschaftlichen Kontrolle;
- gegen einen weiteren Privatisierungstrend gegenüber den Medien
- für einen aktiven Zugang aller für Frieden und Völkerverständigung eintretenden Menschen und Organisationen zu den Medien.

In Auswertung der Erfahrungen mit dem gesellschaftlichen Tribunal gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien sind weitere Initiativen zu nationalen und internationalen Treffen gegen Terrorismus, für Wahrheit und Gerechtigkeit zu entwickeln. Die Initiative von Fidel Castro zur Bildung eines ständigen Gerichts gegen den Terrorismus in der westlichen Hemisphäre sollte unterstützt werden, die systematische Entlarvung der Verbrechen des Imperialismus ist fortzusetzen und zu einer weltweiten Offensive zur Verteidigung von Menschenrechten zu entwickeln.*

* V. i. S. d. P Europäisches Friedensforum – Deutsche Sektion, Helga Hörning, 12557 Berlin